

„Eine nuklearwaffenfreie Welt ist eine Illusion“

(Foto: BAKS)



Interview mit Dr. Karl-Heinz Kamp, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS)

ES&T: Die Flüchtlingskrise, der Syrienkrieg und die russische Rolle in diesem Konflikt haben die seit über zwei Jahren andauernde Ukrainekrise aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt, obwohl diese Krise an der östlichen Peripherie von NATO und EU alles andere als beigelegt ist. Russland denkt nicht daran, die im März 2014 vollzogene Annexion der Krim rückgängig zu machen. Die „Minsk II“ genannten politischen Vereinbarungen vom Februar 2015 zur Beilegung des Konflikts um die nach Autonomie strebende Ostukraine konnten bis heute nicht umgesetzt werden. Wie bewerten Sie jetzt die Entwicklungen in der Ukrainekrise?

Kamp: Die Ukrainekrise ist vielleicht wegen der Flüchtlingsfrage und anderer aktueller Themen aus den Schlagzeilen verschwunden. Gleichwohl hat sich die Politik weiterhin mit dem Konflikt beschäftigt. Zum einen, weil sie zusammen mit dem IS der neuzeitliche Wendepunkt in der transatlantischen Sicherheitspolitik ist. Denn seitdem befinden wir uns wieder in der „Artikel-5-Welt“ mit erheblichen Folgen für die NATO. Das gilt sowohl für die Strategie als auch für die Strukturen. Zum anderen hat die Bundesregierung entgegen der Erwartung vieler anderer Verbündeter mit Blick auf die Ukraine an ihrer sehr entschiedenen Haltung gegenüber Russland festgehalten. Man hat die Sanktionen nicht aufgeweicht und besteht nach wie vor darauf, dass die Minsker Vereinbarungen umgesetzt werden.

ES&T: Die NATO hat auf die Aufkündigung der bisherigen europäischen Sicherheitsordnung durch Russland bereits 2014 auf dem NATO-Gipfel von Wales mit dem Readiness Action Plan reagiert, einem Bündel von Sofortmaßnahmen, die auch umgesetzt wurden, etwa die Bildung der neuen, 5.000 Mann starken sogenannten Speerspitze der Eingreiftruppe NATO Response Force, die ihrerseits von 19.000 auf

40.000 Kräfte aufgestockt werden soll. Welche Folgerungen ergeben sich darüber hinaus für die Aufstellung der NATO in Europa, für die NATO-Strategie und damit für die Thematik des nächsten NATO-Gipfeltreffens im Juli in Warschau?

Kamp: Die NATO und auch die EU haben auf die Veränderung der russischen Politik, das Aufkündigen des „Europäischen Hauses“ – also der europäischen Sicherheitsordnung – sehr konsequent reagiert, was nach meiner Ansicht Putin selber unterschätzt hat. Diese Veränderung war übrigens ein bewusster Akt Russlands und nicht, wie manch einer glauben mag, eine Reaktion Russlands auf irgendein Fehlverhalten der NATO oder des Westens. Die Entscheidungen auf dem NATO-Gipfel in Warschau werden noch einmal über das hinausgehen, was sich Moskau wohl in seinen kühnsten Träumen nicht negativ hat vorstellen können – bis hin zur Verlagerung amerikanischer Streitkräfte. All das ist von mehrfacher Bedeutung. Natürlich geht es zunächst um die zahlenmäßige Zunahme von allem, von Personal, von Militärgeschütz, von Planungen, von Übungen und allgemein von Verfahren, um Verteidigung und Abschreckung wiederherzustellen. Es wird aber auch über das rein Militärische hinausgehen, weil wir ja zum Beispiel zur Zeit des Kalten Krieges eine richtige „Reinforcement-Industrie“ hatten, um Streitkräfte innerhalb West-Europas verlegen zu können, damals an die östliche Grenze der Bundesrepublik. Dafür gab es eine riesige Maschinerie, und diese Fähigkeiten wird man zum Teil wiederherstellen wollen.

ES&T: ... also zum Beispiel die Fähigkeit, größere Verbände auch kurzfristig verlegen zu können?

Kamp: Ganz genau. Aber auch dort reagieren die NATO und auch Deutschland erstaunlich konsequent. Ich glaube, Deutschland ist das einzige Land, in dem

der Finanzminister eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben anregt. Das finde ich sehr bemerkenswert.

ES&T: Welche Konsequenzen ergeben sich für die 2012 auf dem NATO-Gipfel von Lissabon beschlossene modifizierte NATO-Raketenabwehr in Europa?

Kamp: Das gesamte Projekt dieser Raketenabwehr hat von Anfang an das Manko gehabt, dass man glaubte, sie mit einer konkreten Bedrohung rechtfertigen zu müssen. Und da man sie nicht gegen Russland richten wollte oder konnte, weil Russland als Partner galt, richtete sie sich gegen den Iran. Mit einer solchen konkreten Ausrichtung hat man aber immer ein Problem. Denn Raketenabwehr ist ja eigentlich so etwas wie Luftabwehr. Die Luftabwehr gibt es, weil es Kampfflugzeuge gibt. Die Raketenabwehr gibt es, muss es geben, weil es Raketen gibt, deren Technologie sich rasend schnell verbreitet. Sie ist machbar, sie ist billig. Insofern hoffe ich, dass die NATO weggelassen wird von einer konkreten Feindausrichtung. Die jetzige Form der NATO-Raketenabwehr in Europa mit Kriegsschiffen und einigen an Land stationierten Komponenten bietet eigentlich alle Flexibilität, die man braucht.

ES&T: Nach dem Ende des Kalten Krieges war die NATO-Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung in den Hintergrund getreten und wurde zeitweilig von der politischen Vision einer Welt ohne Atomwaffen überlagert. Rechtfertigt die Ukrainekrise auch einen neuen Blick auf das nukleare Potenzial der NATO?

Kamp: Die NATO wird das „nukleare Dossier“ wieder öffnen müssen. Sie hat eine nukleare Strategie, die auf zwei Annahmen basiert, dass nämlich zum einen Russland ein Partner ist und Russland zum anderen seine sehr großen nuklearen Fähigkeiten nicht gegen die NATO richtet. Beide Annahmen stimmen nicht mehr. Russland ist kein Partner mehr und hat dies auch selber erklärt. Schlimmer noch: Russland simuliert regelmäßig in Übungen Nuklearschläge gegen Schweden oder Polen. Das erfordert, dass sich die NATO der Nuklearfrage

neu stellen muss. Das erfordert nicht, dass man sich jetzt über Modernisierungen, neue Atomwaffen und neue Fähigkeiten Gedanken macht. Aber die NATO muss die nukleare Grundfrage politisch neu erörtern, die da lautet: Wie schreckt man wen womit ab? Die „nukleare Sprachlosigkeit“, die wir aus guten Gründen viele Jahre lang hatten, wird man aufgeben müssen. Mit Sicherheit vom Tisch ist die Illusion, die man hatte und die sogar ein amerikanischer Präsident hatte, dass es irgendwann eine nuklearwaffenfreie Welt geben wird. Daran haben Staaten in Asien sowieso nie geglaubt, und diese Illusion ist jetzt endgültig zum Erliegen gekommen.

ES&T: Die neuen Bedrohungen der Sicherheit Europas und damit auch Deutschlands haben die Bundesregierung bereits veranlasst, den Verteidigungshaushalt deutlich aufzustocken. 2017 soll er rund 36,6 Milliarden Euro umfassen, ca. 2,7 Milliarden Euro oder etwa 6,8 Prozent mehr als in diesem Jahr. Bis 2020 soll es weitere Steigerungen geben. Genügt das?

Kamp: Es ist positiv, wie pragmatisch und unaufgeregt Deutschland auf die neue Situation reagiert. Da ist zum Beispiel die Tatsache, dass wir über die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes reden, ohne dass das zu einem politischen Aufschrei führt. Zweitens gibt es in der Öffentlichkeit ein weit gewachsenes Bewusstsein über die Notwendigkeit von Sicherheitspolitik. Bis auf einige Außenseiter haben wir einen parteiübergreifenden Konsens, dass Sicherheit, nicht nur militärische, sondern auch innere Sicherheit und Integration von Migranten Geld kostet. Insofern werden höhere Ausgaben für diese Aufgaben akzeptiert. Im Moment können wir die höheren Ausgaben aus unserem wirtschaftlichen Wachstum finanzieren, sodass wir keine wirkliche Prioritätenverschiebung haben. Wir können uns sowohl steigende Sozialausgaben als auch höhere Sicherheitsausgaben leisten, ohne einen Wohlstandsverlust zu erleben. Wenn es wirtschaftlich einmal weniger rund läuft, könnten Prioritäten deutlicher gesetzt werden müssen. Aber auch da glaube ich, dass dies in der Bevölkerung offener diskutiert werden kann – nicht zuletzt durch die Integration von Flüchtlingen, die uns noch lange fordern wird.

ES&T: Die Bundeswehr erhält wieder mehr Kampfpanzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, als bei der Neuausrichtung von 2011 geplant, sogar ein komplett neues Panzerbataillon. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) denkt auch über eine Erhöhung der Personalstärke der Truppe nach und erhält dabei sogar Unterstüt-

zung vom Koalitionspartner SPD. Braucht Deutschland jetzt wieder mehr Soldatinnen und Soldaten?

Kamp: Werfen wir einen Blick auf die zu erwartenden Entscheidungen auf dem Warschauer NATO-Gipfel im Juli: Dort dürfte beschlossen werden, dass die NATO eine „enhanced persistent presence“, also eine verstärkte militärische Präsenz, in Osteuropa haben wird, sei es permanent, sei es rotierend. Jedenfalls sind die Verpflichtungen, die die NATO-Verteidigungsminister im Februar dieses Jahres eingegangen sind, sehr klar und sehr deutlich formuliert. Wenn sie umgesetzt werden, wird sich langfristig auch die Frage der Erhöhung der Personalstärke stellen.

ES&T: Die Bundeswehr wird durch immer neue Auslandseinsätze stark belastet und wird nun auch noch im Rahmen der Amtshilfe immer stärker für die Flüchtlingsbetreuung im Inland herangezogen, etwa durch Abstellung von Hunderten von Kräften für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ist es an der Zeit, das Thema „Bundeswehreinätze im Innern“ insgesamt zu überdenken, bis hin zur Änderung der Verfassung?

Kamp: Wenn Sie die höhere Bereitschaft in der Öffentlichkeit betrachten, sich mit Sicherheitspolitik zu befassen, ferner das geplante Weißbuch 2016 zur deutschen Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, das in einen permanenten Weißbuch-Prozess münden soll, kommen Sie irgendwann zu der grundsätzlichen Frage: Ist unsere Verfassung, sind die darin festgelegten Artikel zur inneren und äußeren Sicherheit noch zeitgemäß? Und dann könnte es sein, dass man diese Frage

angeht, wobei ich heute nicht sage, dass es die eine oder die andere Lösung geben wird. Der Gezeitenwechsel in der Sicherheitspolitik und die Rückkehr in die „Artikel-5-Welt“ der NATO bedeuten mehr als nur neue Streitkräfte und neue sicherheitspolitische Ausrichtungen. All dies bedeutet auch ein Überdenken unserer gesamten staatlichen und rechtlichen Strukturen bis hin zur Frage, ob sie in diesem 21. Jahrhundert, was nicht unbedingt ein friedliches werden wird, noch in allen ihren Facetten gerechtfertigt sind.

ES&T: Sie haben nun als BAKS-Präsident seit Oktober 2015 die Möglichkeit, all diese Themen auch stärker in und mit der Öffentlichkeit zu diskutieren. Was ist in Zukunft von der BAKS zu erwarten?

Kamp: Die BAKS wird weiterhin ihrem Kernauftrag der Fortbildung von Entscheidungsträgern, unter anderem aus Politik und Wirtschaft, gerecht werden. Wir werden diese Kernaufgabe aber den heutigen Gegebenheiten anpassen. Die BAKS wird ihren Teil zur Bewältigung aktueller außenpolitischer Entwicklungen beitragen, indem sie den Kreis der Adressaten ihrer Seminare erweitert, neue Formen erprobt und Sicherheitspolitik intensiver vermittelt. Und sie wird sich bemühen, auch die in die Diskussion einzubeziehen, die bisher nur wenig Gelegenheit dazu hatten. Wir brauchen eine breitere öffentliche Debatte über Sicherheitspolitik, eine Konsensbildung in der Öffentlichkeit über sicherheitspolitische Fragen und auch das Ansprechen von Fragen, für die es heute noch keine Lösung gibt, die man aber diskutieren muss. ■

Das Interview führte Wolfgang Labuhn.

